

Statement anlässlich der Anhörung des EU Parlamentes über einen Aktionsplan der Gemeinschaft für den Schutz und das Wohlbefinden von Tieren am 30. Mai 2006

Aufgrund meiner Erfahrungen sowohl in Deutschland als auch in den neuen EU-Staaten Polen und Tschechien kann ich versichern, dass die Bürger in diesen Ländern - und dies gilt sicher auch für die anderen Mitgliedsstaaten der EU - den Tieren zugetan sind und möchten, dass sie vor Leiden und Schmerzen geschützt werden. Ich begrüße es sehr, dass die EU-Kommission nun einen Aktionsplan zum Tierschutz vorgelegt hat und sehe darin einen guten Anfang, um einen europaweit einheitlichen Tierschutz zu erreichen.

Dies ist auch angesichts der aktuellen Entwicklungen dringend notwendig. Gerade in den neuen Mitgliedsstaaten, aber auch bei Gründungsmitgliedern der EU, wie Deutschland, wird der zunehmend geöffnete freie Binnenmarkt der EU benutzt, um wirtschaftliche Vorteile auf Kosten der Tiere bzw. des Tierschutzes zu erzielen. Dabei werden noch unterschiedliche Rechtsnormen und Übergangsfristen oder das Gefälle in der Ausgestaltung von Tierschutznormen ausgeschöpft. Ich möchte hier nur anführen, dass z.B. eine englische Firma in Polen Schweineproduktion im großen Stil betreibt und damit Landwirte in der Region ruiniert sowie landwirtschaftliche Strukturen in Polen zerstört. Ähnliches droht der strukturschwachen Region Hassleben in Ost-Deutschland, wo niederländische Investoren ebenfalls Schweineproduktion auf niedrigstem Tierschutzniveau betreiben wollen.

Als Bürger der EU, dem Tierschutz am Herzen liegt, beobachte ich solche Entwicklungen mit Sorge und wünsche mir dazu eine Lösung.

Ich möchte gerne zu den Hauptbereichen des Aktionsplanes Tierschutz Stellung beziehen, soweit mir dies aus meinem Blickwinkel möglich ist und meine Wünsche für die Zukunft darlegen.

Die Verbesserung von Mindestnormen für den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere in der EU sind aus meiner Sicht dringend erforderlich. Wenn man als Bürger mit seinem gesunden Menschenverstand eine Legebatterie oder eine Masthähnchenhaltung sieht, so ist dies ein erbarmungswürdiger Anblick. Hinzu kommt, dass die Masthähnchenhaltung in der EU noch nicht einmal einheitlich geregelt ist. Damit sind Tür und Tor offen, um Profit auf Kosten der Tiere zu machen.

Gute einheitliche Mindestnormen für alle Nutztierarten in der EU sind auch deshalb erforderlich, damit ein internationaler Maßstab festgelegt werden kann. Nur dann werden Verhandlungen in der WTO, bei denen Tierschutzmaßstäbe als Handelskriterium durchgesetzt werden sollen, auf fruchtbaren Boden stoßen. Denn

man kann von einem Land nicht verlangen, dass es einen Handelsnachteil bei Geflügel in Kauf nehmen muss, wenn es die Zentimeterangaben der EU nicht erfüllt, gleichzeitig aber keinen Vorteil hat, wenn es Weidehaltung von Rindern betreibt, nur weil die EU dafür keinen Maßstab hat.

Will man die Situation der landwirtschaftlichen Nutztiere wirklich verbessern, müssen standardmäßige Haltungssysteme, an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientiert, verbessert werden. Dazu ist eine unabhängige Forschungs- und Kontrollinstanz erforderlich, wenn sichergestellt werden soll, dass neue Entwicklungen auch wirklich den Tieren zugute kommen. Mit Kontrollinstanz meine ich ein Gremium, das ein Haltungssystem oder eine Einrichtung in einem Haltungssystem wie z.B. einen Fressstand auf Tiergerechtheit begutachtet und bewertet. Dies wäre eine wichtige Aufgabe des vorgeschlagenen Europäischen Zentrums für Tierschutz und würde zugleich in der Bevölkerung Vertrauen schaffen. Die EU-Umfrage zum Tierschutz hat ja ergeben, dass das Vertrauen der Bürger in Aussagen zum Tierschutz bislang vor allem bei Tierschutzorganisationen gegeben ist. Bei dem, was uns alles als Tierschutz verkauft wird (zum Beispiel völlig unzureichende Mindeststandards) ist das nicht verwunderlich.

Wünschenswert wäre auch, dass die EU eigene Forschungsgelder nicht nur für die Entwicklung von Alternativmethoden zu Tierversuchen, sondern auch für alternative Haltungssysteme für Nutztiere zur Verfügung stellt.

Die Einführung einheitlicher Tierschutzindikatoren, mit denen die Tiergerechtheit von Haltung und Umgang mit dem Einzeltier objektiv überprüft werden kann, wäre ein großer Schritt in die richtige Richtung. Dabei ist jedoch unabdingbar, dass die Indikatoren wirklich etwas über das Wohlbefinden aussagen. Alleine die Abwesenheit von bestimmten Verletzungen ist kein ausreichendes Tierschutzkriterium.

Wenn ich mir die Abschaffung aller Tierversuche wünsche, bin ich damit in der EU sicher nicht alleine. Ich begrüße daher alle Initiativen der EU, Alternativmethoden zu fördern und durchzusetzen und damit auch jede Stärkung und jeden Ausbau von ECVAM. Aus meiner Erfahrung in Polen halte ich es aber auch für erforderlich, dass die EU nicht nur Rahmenbedingungen zum Schutz von Versuchstieren vorgibt und die Ausgestaltung den Mitgliedsstaaten überlässt. Solange wir kein einheitliches Genehmigungs- und Kontrollverfahren für Tierversuche auf einem hohen Niveau in allen EU-Staaten und vor allem in den neuen haben, werden die Beitrittsländer als günstige Forschungs- und Produktionsstandorte für tierexperimentelle Forschung und Produktion gelten. Es sollte ein Ziel der EU sein, dieses im Interesse des Tierschutzes zu verhindern.

Ein wichtiges Thema, das uns in Deutschland und Polen gleichermaßen immer wieder beschäftigt hat, fehlt im Aktionsplan Tierschutz. Das sind die internationalen Tiertransporte. Dabei sind gerade die erschütternden Szenen, die bei solchen Transporten immer wieder dokumentiert werden müssen, dazu angetan, am Willen der EU, Tiere wirksam zu schützen, zu zweifeln. Ich bitte Sie daher, auch die Verbesserung oder besser die klare Beschränkung der Tiertransporte auf die Agenda zu setzen.

Da sozioökonomische Auswirkungen ein wichtiges Kriterium für die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind, werden Mindeststandards und weitere Regelungen nach meinem Verständnis nicht in dem Maß zu einem Umgang mit Tieren führen, wie ihn sich die Bürger wünschen.

Markenprogramme, die den Tierschutz in besonderem Maße im Auge haben bzw. tierschutzfreundliche Produktion im Allgemeinen, sollten von der EU unterstützt werden. In Polen z.B., wo es noch viele kleinbäuerliche Strukturen gibt, wäre beispielsweise die Etablierung des Neuland-Programms für artgerechte Tierhaltung, das sich für die Landwirte am Ende auch finanziell auszahlt, eine Maßnahme.

NEULAND für tiergerechte, umweltschonende, bäuerliche Nutztierhaltung ist ein privat initiiertes Markenprogramm, das vom Deutschen Tierschutzbund mitgetragen wird. Zu den Grundanforderungen an die Tierhaltung gehören:

- ausreichende Bewegungsmöglichkeit für die Tiere
- Flächenbindung der Tierhaltung sowie absolute Bestandsobergrenzen
- Einstreu, Auslaufmöglichkeiten und Tageslicht
- keine Eingriffe an den Tieren (wie Schnabelkürzen oder Schwanzkupieren)
- keine Zusatzstoffe wie Leistungsförderer, synthetische Futtermittel und keine Futtermittel aus Entwicklungsländern

NEULAND versteht seine Arbeit als Hilfestellung vor allem für klein- und mittelständische Betriebe. Unternehmen, die in das Programm aufgenommen werden wollen, werden von den NEULAND-Beratungsstellen individuell betreut und erhalten Hilfe bei der Umstellung. Alle erforderlichen Umstellungsmaßnahmen werden zielgerichtet entworfen und durchkalkuliert.

Die Umstellungszeiträume werden je nach den Ausgangsbedingungen und entsprechend der sozialen und wirtschaftlichen Erfordernisse flexibel gehandhabt. Wenig spezialisierte Betriebe können zumeist kostengünstig auf eine tiergerechte Haltung umstellen. Für die Produktvermarktung existiert eine unabhängige Vermarktungsgesellschaft. Unter dem Strich arbeiten die NEULAND-Betriebe nicht nur aus Sicht des Tier- und Umweltschutzes erfolgreich, sondern sind auch wirtschaftlich tragfähig. Denn die Nachfrage nach umwelt- und

die Nachfrage nach umwelt- und tiergerecht erzeugten Produkten steigt stetig.

Auch die Europäische Union setzt längst verstärkt auf Qualität und mithin auf Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz. Im Rahmen des Tierschutzaktionsplanes sollten deshalb Fördermaßnahmen für solche Aktivitäten vorgesehen werden und der Aufbau einer Mensch-, tier- und umweltfeindlichen Industrieproduktion von landwirtschaftlichen Produkten erschwert werden.

Verlässliche Informationen für den EU-Bürger als Verbraucher sind unerlässlich. Die bisherigen Kennzeichnungsregelungen geben dem Verbraucher nicht die Möglichkeit, zu erkennen, nach welchen Tierschutzkriterien ein Produkt wo hergestellt wurde. Parmaschinken muss nicht aus Parma kommen, „Tiergerecht produziert“ kann heißen „die Mindestbedingungen der EU sind eingehalten worden“. Während ich jetzt bei Schaleneiern erkennen kann, wie und wo sie produziert wurden, bin ich bei Eiprodukten immer noch hilflos. Auch hier verspricht der Aktionsplan Aktivitäten, die ich nur begrüßen kann, solange am Ende dort, wo Tierschutz draufsteht, auch wirklich Tierschutz beinhaltet ist.

Als europäischer Bürger zähle ich darauf, dass das EU-Parlament die Initiative der Kommission aufgreift, ergänzt und im Interesse des Tierschutzes konkretisiert. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass aus dem Aktionsplan ein einheitliches EU-weites Tierschutzgesetz resultiert, dass auch die Heimtiere in der EU als schützenswerte Lebewesen, für die wir gemeinschaftliche Verantwortung übernehmen müssen, umfasst.

23.05.2006

Samuel Dombrowski